

WIR SIND DIE ZUKUNFT



Newsletter Nr. 06/2024 „Wir sind die Zukunft“
für die Aktiven in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit
www.wir-sind-die-zukunft.net

INHALT

- **Infos aus dem KJHA vom 11.06.2024**
- **Ausschreibung Jugendradiopreis**
- **Fotowettbewerb „Natur im Fokus“**
- **Radl-Box**
- **Veranstaltungstipps**
- **Die nächste Ausgabe**
- **Impressum und Datenschutz**

INFOS AUS DEM KJHA VOM 11.06.2024

TOP 2 – RAHMENVERTRAG NATURERLEBNISTAGE Folgeausschreibung, Vergabeermächtigung Vertragszeitraum 01.10.2024 bis 30.09.2026 und TOP 3 – ZUSTIMMUNG ZUR ÜBERTRAGUNG personalrechtlicher Befugnisse nach Art. 39 Abs. 2 Halbsatz 2 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern

Ohne Aufruf einstimmig beschlossen

TOP 1 – KÜNDIGUNG DES VERTRAGS zwischen der Landeshauptstadt München und dem Kleinkindertagesstätten e.V. (KKT) zum 31.12.2024; Gewährung einer Übergangsfrist bis 31.12.2025; Entwicklung einer neuen Förderung mit Gültigkeit ab 01.01.2026

Zunächst erläuterte Verena Dietl (3. Bürgermeisterin), dass der Diskussionsbedarf zur Vorlage wohl nicht zuletzt deshalb entstanden sei, weil die redaktionelle Formulierung des Titels des Tagesordnungspunktes unglücklich gewählt wurde. Es geht dabei keinesfalls um eine endgültige Kündigung und Auflösung des Kleinkinder Tagesstätten e.V. (KKT), sondern darum, die Förderpraxis der Eltern-Kind-Initiativen (EKI) auf ein juristisch sicheres Fundament zu stellen. Die Stadt habe ein vitales Interesse daran, dass die EKIs weiter zur Landschaft der Träger von Kindertageseinrichtungen gehören und finanziell abgesichert seien. Das jetzt angestoßene Verfahren des RBS könne jedoch verständlicherweise Verunsicherung bei den Eltern auslösen. Die überraschenden Aktivitäten des RBS seien auf eine rechtsunsichere Regelung zurückzuführen, die nun behoben werden muss. Eine künftige Lösung werde nicht alle Betroffenen zufriedenstellen – werde aber in jedem Fall dem Wohl und der Bildungsgerechtigkeit von Kindern dienen.

StRin Marion Lüttig (Die Grünen/Rosa Liste) bestätigte, dass die Stadtpolitik in jedem Fall an den EKIs und der KKT festhalten werde. Es sei jetzt aber zwingend notwendig, dass diese Regelungen zu 100 Prozent rechtskonform gestaltet werden müssen. Ihre Fraktion habe mit dem KKT-Vorstand mehrfach Gespräche geführt, um eine bestmögliche Lösung zu erarbeiten. Jetzt muss endgültig entschieden werden, wie die künftigen Beratungs- und Betreuungsprozesse des KKT aussehen sollen. Im Übrigen sei es normale Praxis, dass Verwaltungsregeln von Zeit zu Zeit angepasst werden müssten – die Wichtigkeit des KKT schmälere das nicht, dessen Arbeit müssen ungehindert weiterlaufen.

StRin Lena Odell (SPD/Volt) bestätigte für ihre Fraktion die Bedeutung der EKIs und des KKT – beides stehe für die wertvolle Trägervielfalt der Kinderbetreuung in München. Dahinter sah sie auch die Freiheit von Wahlmöglichkeiten für Kinder und Eltern, um bestmögliche Betreuungs- und Bildungseinrichtungen zu schaffen. Sie freute sich, dass es gelungen sei, eine großzügige Übergangsregelung bis Ende 2025 zu schaffen, die die Träger nutzen könnten, um neue Prozesse zu entwickeln und aufzusetzen. Demnach werde die Stadt künftig die Zuschüsse für Beratungsleistungen nicht mehr in vollem Umfang an die KKT ausgeben, sondern direkt an die EKIs, die dann die benötigten Leistungen beim KKT oder Anderen einkaufen können. In jedem Fall riet sie dazu, dass alle Beteiligten regelmäßig Gespräche führen sollten, um Missverständnisse und offene Fragen frühzeitig zu klären. Die Bildungsqualität dürfe nicht unter dem Systemwechsel leiden.

StRin Gabriele Neff (FDP/Bayernpartei) bestätigte, dass der Titel der Vorlage unglücklich gewählt worden sei. Auch sie riet dazu, dauerhaft ins Gespräch zu kommen. Sie beklagte, dass

die Fraktionen – insbesondere die Opposition – derartige Vorlagen regelmäßig zu spät zugestellt bekämen. Auch der KKT hätte erst am 6.6. Informationen an ihre Fraktion geschickt. Nachdem aber offenbar viele Fragen ungeklärt seien, sei zu wenig Zeit, um diese zu klären. Unklar sei ihr beispielsweise, seit wann die Stadt bereits davon gewusst habe, dass die juristische Basis der KKT-Förderung unsicher sei. In Anbetracht dessen, dass KKT und EKIs auch das Ehrenamt unterstützen würden, müsse mehr Vorlauf für Gespräche eingeplant werden.

StRin Alexandra Gaßmann (CSU/Freie Wähler) bestätigte, dass die Vorlage zu Unruhe unter den Eltern und beim KKT geführt hätte. Der KKT stelle ein unverzichtbares Bindeglied zwischen Fördergeber und den EKIs dar und sei unverzichtbar. Sie konnte ebenfalls bestätigen, dass sowohl die Vorlage als auch die Stellungnahme des KKT-Vorstands sehr spät bei den Fraktionen eingetroffen waren. Hier müssten alle Beteiligten häufiger miteinander ins Gespräch kommen. Sie fragte zudem, was während der Übergangsfrist bis Ende 2025 geschehen soll, um die Regelung rechtskonform zu gestalten.

Dr. Manuela Sauer (Paritätischer), die im Namen ihres Verbandes sprach, erläuterte, dass sie die Vorlagen des RBS in der Regel kritisch kommentierte – in diesem Fall könne sie dem Referat jedoch zustimmen, denn aus der Vorlage würde sehr eindeutig hervorgehen, dass es nicht um die Abschaffung der EKIs oder des KKT gehe, sondern sich nur die Prozesse der Finanzierung ändern würden. Das geplante System könne durchaus eine Verbesserung für die EKIs darstellen, denn diese könnten nun selbst über die Verwendung der direkt zugewiesenen Mittel entscheiden. Darüber hinaus betonte sie, dass der Paritätische Wohlfahrtsverband seine Mitglieder berät und unterstützt. Dies setze aber voraus, dass die Mitglieder rechtzeitig mit ihrem Spitzenverband sprechen.

StR Thomas Lechner (Die Linke/Die Partei) appellierte an die Mitglieder des KJHA bzw. den Stadtrat, den Gesamtblick auf das Wohl und die Bildungsgerechtigkeit für Kinder nicht zu verlieren. Das würde auch bedeuten, dass man neue Prozesse und Lösungen ausprobieren müsse – notfalls den eingeschlagenen Weg abbrechen und neu aufsetzen solle.

StRin Marion Lüttig (Die Grünen/Rosa Liste) ergänzte, dass bereits bis zum Ende des dritten Quartals die Gespräche mit dem KKT soweit gediehen sein sollen, dass eine beschlussfähige Lösung auf dem Tisch liege. Das verschaffe allen Beteiligten genügend Zeit für eine Umsetzung des neuen Systems.

Auch für Florian Kraus (Stadtschulrat) stand außer Frage, dass auch künftig die EKIs und der KKT zu den Grundpfeilern der Kinderbetreuung in München gehören. Diese Haltung bestätigt die Stadt, indem sie das Budget für die KKT im Übergangsjahr 2025 bei unverändert 860.000 Euro belasse. Inzwischen seien auch schon 50 EKIs der neuen Förderformel (Defizitausgleichsverfahren) beigetreten – diese könnten dadurch von Leistungen aus dem KKT profitieren und Verwaltungskosten ansetzen. Er ergänzte, dass die Stadt seit knapp drei Jahren wisse, dass das Fördersystem über die KKT nicht rechtssicher sei. Aus Ressourcenmangel konnte sich das Referat jedoch nicht mit dem Thema befassen, weil die Entwicklung des neuen Fördermodells Priorität hatte. Nun sei aber gewährleistet, dass zum 1.1.2026 ein neues funktionsfähiges und rechtskonformes Förderinstrumentarium für die EKIs bereitsteht, das die Arbeitsfähigkeit der Einrichtungen sichert. Eine Gefahr eines zusätzlichen bürokratischen Aufwandes für die Träger sah er im Übrigen nicht, weil die grundsätzliche Logik der Förderung erhalten bleibe würde. Das

bestätigte auch eine Mitarbeiterin der juristischen Abteilung im RBS, die hinzufügte, dass sich das Referat nicht nach eigenem Dafürhalten eine Förderlogik überlegen könnte, sondern an gesetzliche Vorgaben gebunden sei.

Beschluss einstimmig angenommen

TOP 4 – NEUGESTALTUNG DER FREIWILLIGEN FÖRDERUNG der Landeshauptstadt München für Kindertageseinrichtungen freigemeinnütziger und sonstiger Träger; Anpassung des Budgetrahmens für das Defizitgleichsystem; Trägerauswahlverfahren

Dr. Manuela Sauer (Paritätischer) erläuterte den von der freien Seite gestellten Änderungsantrag. Laut Beschlussvorlage des Referats soll ein Träger bis zu zehn Jahre vom Vergabeverfahren ausgeschlossen werden, wenn er einen bestehenden Überlassungsvertrag aus wirtschaftlichen Gründen kündigen musste. Dieses Verfahren mute wie „schwarze Pädagogik“ an. Durch den Änderungsantrag soll diese Sperrfrist komplett gestrichen werden.

StRin Alexandra Gaßmann (CSU/Freie Wähler) zeigte sich in diesem Zusammenhang über die Aussage des Stadtkämmerers verwundert, wonach der jetzt geschätzte Mehrbedarf für die neue Förderformel im Defizitgleichsverfahren von 28 Mio. Euro „besorgt werden würde“. Ihre Fraktion stehe dem neuen Verfahren weiterhin kritisch gegenüber und werde dem nicht zustimmen. Den Änderungsantrag der frei-gemeinwohlorientierten würden sie jedoch unterstützen.

StRin Lena Odell (SPD/Volt) meinte, dass die Frage danach, woher das Geld kommen solle, berechtigt sei. Wenn das neue Fördermodell jedoch funktionieren soll, dann muss der Mehrbetrag zur Verfügung gestellt werden. Sie bat deshalb darum, den Punkt 5 der Vorlage in die Vollversammlung zu vertagen, um dort darüber zu beraten, welche Finanzierungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen. Zum Änderungsantrag äußerte sie sich zurückhaltend und wies darauf hin, dass die vorgesehene Regelung der Verwaltungssicht entspringe und deshalb so bleiben solle.

StRin Nimet Gökmenoğlu (Die Grünen/Rosa Liste) erinnerte daran, dass im Februar mit der Beschlussfassung zum neuen Fördermodell ein wichtiger Schritt in Sachen Bildungsgerechtigkeit und Unterstützung von Eltern gegangen wurde. Der jetzt avisierte Mehrbedarf für diese Förderung sei das sichtbare Zeichen, dass es die Stadt ernst meine mit der Bildungsqualität für Kinder. Inhaltlich gehe diese neue Förderformel in die richtige Richtung. Dem Punkt 6 würde ihre Fraktion in der jetzigen Form nicht zustimmen – Punkt 5 solle auch ihrer Meinung nach in die Vollversammlung überwiesen werden.

StR Thomas Lechner (Die Linke/Die Partei) stellte in dem Zusammenhang die Frage, warum die Stadt relativ großzügig einen Tennisverein als freiwillige Leistung mit 1,5 Mio. Euro unterstützen würde, wenn sie an anderer Stelle – eben beim Thema Bildungsgerechtigkeit – die notwendigen Mittel nicht aufbringen könne. Seine Fraktion wolle juristisch darauf hinwirken, dass diese Förderung des Tennisclubs rückgängig gemacht wird. Dem Änderungsantrag der Frei-gemeinnützigen stimmte er insofern zu, als dass es sich die Stadt nicht leisten können, Fachkräfte und Betreuungsplätze nicht zu nutzen, nur weil ein Träger vom Bewerbungsverfahren ausgeschlossen wird. Das vergifte das Klima – vielmehr sollte es eine Einzelfallprüfung geben.

Michaela Fischer (Caritas) konnte der Argumentation hinsichtlich der langen Sperrfrist ebenfalls nicht folgen. Einerseits könne laut der Vorlage ein Träger bis zu zehn Jahre vom Bewerbungsverfahren ausgeschlossen werden – nur wenige Zeilen später wird darauf verwiesen, dass ein solcher Träger im Fall mangelnder Bewerbungen einseitig durch das Referat doch wieder eingebunden werden kann. Als Kompromiss schlug sie vor, einen Träger, der einen Überlassungsvertrag gekündigt hat, nur einmal beim nächsten Bewerbungsverfahren auszuschießen. Michaela Fischer regte an, auch diesen Tagesordnungspunkt 6 zu vertagen, um eine andere Lösung zu finden. Dem schloss sich auch StRin Lena Odell (SPD/Volt) an: Im Plenum könne man die Punkte 5 und 6 noch einmal ausführlich besprechen. Die Mitglieder des KJHA sind nicht im Plenum vertreten, darum wurde das RBS beauftragt den Punkt 6 im Vorfeld zum Plenum mit den Vertretungen der freien Träger aus dem KJHA zu diskutieren. Das Ergebnis wird im Vorfeld zum Plenum an die Politik kommuniziert.

Nach Einwand von Dr. Manuela Sauer (Paritätischer), dass die frei-gemeinnützigen Träger nicht in der Vollversammlung vertreten seien, wäre eine neuerliche Besprechung von Punkt 6 im nächsten KJHA nötig. Das Referat sicherte zu, mit der freien Seite einen Kompromiss vor der nächsten Vollversammlung zu erzielen. Eine Vertagung in den nächsten KJHA sei aus zeitlichen Gründen schwierig. Aufgrund der Zusage das RBS erklärte sich die freie Seite mit der Vertagung in die Vollversammlung einverstanden.

StR Thomas Lechner (Die Linke/Die Partei) betonte abermals, dass es ihm mit seinem Hinweis auf die Sportförderung vor allem darum ging, kongruentes Verhalten des Stadtrats herbeizuführen.

Florian Kraus (Stadtschulrat) erklärte, dass die Mittel für den Tennisverein aus bauinvestiven Haushaltsansätzen entnommen wurden – zudem war die Wirtschaftsförderung an diesem Zuschuss beteiligt.

Peter Scheifele (Stadtdirekt, Sozialreferat) erläuterte zudem, in welcher Situation man sich derzeit im RBS befinde. Demnach könne ein konkreter Finanzbedarf bzw. Mehrbedarf erst nach einer Trägerabfrage benannt werden. Frühestens im September würden diese Zahlen vorliegen.

Wegen dieser Unsicherheit war für StRin Alexandra Gaßmann (CSU/Freie Wähler) diese Vorlage nicht zustimmungsfähig.

Verena Dietl (3. Bürgermeisterin) und StRin Anne Hübner (SPD/Volt) beklagten, dass von der Opposition dazu bislang kein eigener konstruktiver Vorschlag vorgelegt wurde. Stattdessen müsste die CSU auf ihre Landtagsfraktion einwirken, die mit einer Änderung im BayKiBiG die Förderproblematik komplett auflösen und eine Förderung rechtssichert gestalten könnte.

Abstimmung:

Punkt 5 und 6 der Vorlage in Vollversammlung vertagen – einstimmig angenommen

Gesamtantrag – gegen die Stimmen von CSU/Freie Wähler angenommen

Zusammengestellt von Marko Junghänel

Die Kurzinfo aus dem KJHA wird ermöglicht durch eine finanzielle Kooperation von Kreisjugendring München-Stadt, Münchner Trichter, Fachforum Freizeitstätten und der ARGE Freie

AUSSCHREIBUNG JUGENDRADIOPREIS

Ab sofort können sich Jugendradioschaffende wieder für den Jugendradiopreis RADIO FOR FUTURE bewerben. Die Verleihung des bayernweiten Preises findet voraussichtlich am 30. November 2024 durch das JFF und den BJR statt. Eingereicht werden können Beiträge, die ab Herbst 2022 produziert wurden: Interviews, Features, Podcastfolgen, Airchecks und vieles mehr. Der Sonderpreis wird dieses Jahr zum Thema Frieden vergeben. Es winken 300 Euro Preisgeld. Weitere Infos und Anmeldung gibt es [hier](#)

FOTOWETTBEWERB „NATUR IM FOKUS“

Der 18. Fotowettbewerb „Natur im Fokus“ lädt Fotograf*innen zwischen 7 und 18 Jahren in ganz Bayern ein, mit der Kamera oder dem Smartphone auf Entdeckungsreise in der Natur zu gehen. Einsendeschluss des Wettbewerbs mit dem Motto „Schau doch mal hin!“ ist der 30.09.2024. Weitere Infos zur Teilnahme gibt's [hier](#)

DIE RADL-BOX – ANGEBOT FÜR GRUNDSCHULKINDER

Mobilität ist ein wichtiger Bestandteil auf dem Weg in ein selbstbestimmtes, aktives und eigenständiges Leben von Kindern und Jugendlichen. Ein gutes nachhaltiges Beispiel ist das Fahrrad. Kinder und Jugendliche, die das Radeln sicher beherrschen, sind oft aktiver und in der Lage, sich im eigenen Viertel selbständig fortzubewegen. Fahrradfahren erfordert jedoch spezifische Kenntnisse und Übung. Zur Unterstützung bietet das Mobilitätsreferat Radl-Boxen mit beschriebenen Praxisübungen zum kostenlosen Ausleihen an. Mehr zur Radl-Box gibt es [hier](#)

Auch im Bereich anderer Verkehrsmittel bietet das Mobilitätsreferat zahlreiche Projekte in der Mobilitätsbildung an, die meist kostenfrei sind. Eine Übersicht gibt es [hier](#)

VERANSTALTUNGSTIPPS

Was: **Faszination Spielwelten**
Wer: Carsten Reinhard, Spielmobil „Ein schöner Ort“
Wann: Montag, 8. Juli 2024 von 14.00 bis 17.30 Uhr
Wo: Kinderinformationsladen, Albrechtstr. 37, München – Neuhausen
Kosten: 20 €
Anmeldung: fortbildung@spiellandschaft.de

Was: **Rechte Netzwerke in München**
Wer: Melanie Contu, Klaus Joelsen, Fachstelle Politische Bildung (Stadtjugendamt)
Wann: Donnerstag, 18. Juli 2024 von 17.00 bis 19.00 Uhr
Wo: Bellevue die Monaco, Müllerstraße 2
Kosten: kostenfrei
Anmeldung: erforderlich! JHgR@hpki-ev.de

Was: **Schulung zum Planspiel „Voll die Party“**
Wer: Aktion Jugendschutz
Wann: am 21.10.2024 und 22.10.2024
Wo: Tag 1: online via Zoom
Tag 2: CVJM e. V., Landwehrstr. 13
Kosten: 110,00 € inkl. Kaffee, Getränke und einem Planspiel
Anmeldung: [hier](#)

DIE NÄCHSTE AUSGABE ERSCHEINT AM 16.07.2024

Bericht vom KJHA vom 09.07.2024

IMPRESSUM UND DATENSCHUTZ

Das Redaktionsteam

Angelika Baumgart-Jena, Leitung Öffentlichkeitsarbeit KJR München-Stadt; Ulrike Steinforth, Planungsbeauftragte des Münchner Trichters; Chris Dünstl, Fachforum Freizeitstätten, Anne Rathjens, Grundsatzreferentin KJR München-Stadt, Marko Junghänel

Verantwortlich für die Inhalte

Angelika Baumgart-Jena, Öffentlichkeitsarbeit, KJR München-Stadt
Herausgeber: Kreisjugendring München-Stadt, Paul-Heyse-Str. 22, 80336 München. Der KJR München-Stadt übernimmt keine Verantwortung für die Richtigkeit der Angaben oder für die Inhalte der verlinkten Seiten. Auf den Inhalt verlinkter Seiten haben wir keinen Einfluss. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Datenschutz

Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie sich in unserem Verteiler angemeldet haben (DSGVO Art 6, Abs. 1.). Wenn Sie diesen Newsletter nicht mehr erhalten wollen, schicken Sie bitte eine E-Mail mit dem Betreff **Abmelden** an die Versandadresse zurück.